



## **Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**

Abgeordneter Daniel Roi (AfD)

**Aufruf „Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage“ und 120 Erstunterzeichner aus Politik, Gewerkschaften u. a. „Naziaufmarsch in Halle? Läuft nicht!“**

Kleine Anfrage - KA 7/2357

### **Vorbemerkung des Fragestellenden:**

Am 26. April 2017 wurde der vorbezeichnete Aufruf „Naziaufmarsch in Halle? Läuft nicht!“ veröffentlicht. (<http://fauhalle.blogspot.de/2017/04/26/aufruf-naziaufmarsch-in-halle-laeuft-nicht/>) Zu den Unterstützern gehört laut dem verlinkten Internetauftritt sowohl die Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt, Frau Petra Grimm-Benne als auch Frau Prof. Dr. Claudia Dalbert, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt.

### **Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

- 1. Haben sowohl die Ministerin Prof. Dr. Dalbert, als auch die Ministerin Petra Grimm-Benne tatsächlich den Aufruf namentlich in ihrem Amt als Ministerinnen des Landes Sachsen-Anhalt unterstützt?**

Der unter <https://www.erster-mai-halle.de/aufruf-und-erstunterzeichnerinnen/#more-124> veröffentlichte Aufruf „Naziaufmarsch in Halle? Läuft nicht!“ wurde durch Prof. Dr. Claudia Dalbert sowie durch Petra Grimm-Benne bei Nennung ihrer dienstlichen Funktion unterstützt. In dem durch das Bündnis „Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage“ initiierten Aufruf heißt es u. a.: „Wir wollen entschlossen für eine plurale und solidarische Gesellschaft streiten, in der die Würde und die Menschenrechte jeder und jedes Einzelnen zählen und nicht von Herkunft, Religion, sexueller Identität, sozialem Status oder Staatsangehörigkeit abhängen. Mit klarer Haltung, vielfältigem Protest, kreativen Formaten und zivilem Ungehorsam wollen wir gemeinsam dem Rechtsex-

(Ausgegeben am 18.03.2019)

remismus entgegenreten.“ Mit der Unterstützung des Aufrufes unterstützen sie Verfassungswerte, bekennen sich klar zur Förderung der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie zu der im Koalitionsvertrag verankerten Aufgabe, das Engagement für ein demokratisches und diskriminierungsfreies Zusammenleben zu fördern und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und antidemokratischem Populismus auf Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu begegnen.

**2. Wie wertet die Landesregierung für diesen Fall das öffentliche gemeinsame Wirken mit den übrigen Unterstützern des Aufrufs - insbesondere mit der Interventionistischen Linken Halle?**

Den Unterzeichnerinnen lagen zum Zeitpunkt der Bestätigung der Unterstützung keine Kenntnisse zu den übrigen Unterstützern vor.